

In: Werner Beck, Hans Immler und Martin Schindehütte (Hrsg.): Vom Wert der Natur. Zur Rückkehr der Natur in die Gesellschaft. Hofgeismarer Protokolle 284, 1991, 39-65

**VOM SCHUTZ DER NATUR ZUR GESTALTUNG DER NATUR.
ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN IN OST UND WEST**

Hans G. Nutzinger/Angelika Zahrnt'

1. Einleitung

Man weiß ja nicht, wie die Jungfrau zum Kinde kommt, aber ich weiß, wie ich zu diesem Referat gekommen bin: Leichtfertigerweise habe ich nämlich um die Jahreswende auf einen Brief des Vorsitzenden der Umweltstiftung geantwortet, der um Vorschläge für Schwerpunkte der Stiftungsarbeit im neuen Jahr gebeten hatte. Ich habe geantwortet, Schwerpunkt sollte die DDR sein, denn es zeichneten sich schon damals die Schwierigkeiten ab, daß wir eine Währungsunion, eine Wirtschaftsunion, vielleicht auch eine Sozialunion bilden würden - und daß dabei auf jeden Fall die Umweltunion auf der Strecke bliebe. Das war sicher ein guter, aber auch ein äußerst gefährlicher Gedanke, wie ich feststellen mußte. Denn ein paar Wochen später rief mich Herr Beck von der Umweltstiftung an und sagte mir: "Ihr Brief war hervorragend! So hervorragend, daß Sie darüber in ein paar Monaten in Hofgeismar referieren dürfen.". Soviel zur Entstehungsgeschichte dieses Referats.

Eine zweite Vorbemerkung: Meine Korreferentin, Frau Zahrnt, mit der ich in Sachen Ökologie seit vielen Jahren zusammenarbeite, ist leider kurzfristig erkrankt. Sie hat mir aber ihre Unterlagen zugesandt. Wir kennen uns schon so lange, daß ich in der Lage sein werde, ihre Überlegungen zu übermitteln, weil wir beide eben im wesentlichen in

* Der gemeinsam erarbeitete Beitrag wurde wegen Erkrankung von Angelika Zahrnt allein von Hans G. Nutzinger vorgetragen; das erklärt die sprachliche "Ich"-Form der Präsentation. Die Zitate zur Entwicklung des Naturschutzgedankens in Deutschland sind der Dissertation von Ernst Hoplitschek: Der Bund Naturschutz in Bayern, Berlin 1984 entnommen.

dieselbe Richtung denken. Aber ich muß Sie natürlich um Verzeihung bitten, daß ich gelegentlich improvisiere. Wenn Sie mich mit einer Aussage in die Enge treiben sollten, die nicht von mir selber stammt, werde ich vielleicht auch einmal sagen: Entschuldigung, das war aber Frau Zahrnt.

Ich gliedere meinen Vortrag in drei Hauptteile: Die erste Frage bezieht sich auf die gewandelte Rolle der Umweltverbände vom traditionellen Umweltschutz hin zur umweltverträglichen Wirtschaftspolitik. Im zweiten Hauptteil werde ich allgemeine theoretische Überlegungen zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie anstellen, speziell ein paar Betrachtungen zur Wirkungsweise und zu den Grenzen ökonomischer Instrumente. Und im dritten Teil werde ich auf ökologische Perspektiven in Ost und West eingehen, insbesondere auf die Problematik Bundesrepublik - DDR.

2. Die gewandelte Rolle der Umweltverbände

Die Entstehung der Naturschutzbewegung in Deutschland fällt in das 19. Jahrhundert, genauer gesagt, in den Zeitraum zwischen 1836 und dem Ende der 80er Jahre jenes Jahrhunderts, und zwar als Reaktion auf die immer mehr um sich greifende Rationalisierung der Forst- und Landwirtschaft. Die Überlegungen in jener Zeit waren sehr stark von einem romantischen Lebensgefühl geprägt. Zum Beispiel lautete eine Forderung: Große, herrliche Bäume sollten konserviert werden, da mit diesen großen, herrlichen Bäumen religiöse Vorstellungen und Erinnerungen an die Vorzeit verbunden waren. Hierzu wurden diese Bäume in sogenannten "Merkbüchern" inventarisiert; diese Merkbücher des 19. Jahrhunderts sind Vorläufer unserer heutigen Biotopkartierungen.

Ein weiterer Gesichtspunkt: Man hat schon im 19. Jahrhundert festgestellt, daß Vogelarten zugrunde gingen, zum

einen durch die Jagd, insbesondere auf Raubvögel, wie man sie damals nannte, und zum anderen durch die Zerstörung ihrer Biotope infolge landwirtschaftlicher Maßnahmen, die auch heute noch eine schädliche Rolle spielen - ich denke nur an die Beseitigung von Hecken, Rainen, Büschen, Mooren, Gewässern und anderem mehr. Deswegen begann man, sich sowohl der Erforschung der Vögel als auch ersten praktischen Schutzmaßnahmen zuzuwenden. Zu diesem Zweck wurde dann 1899 als erste übergreifende Naturschutzorganisation der noch heute bestehende "Deutsche Bund für Vogelschutz" gegründet.

Ebenfalls aus romantischer Geisteshaltung heraus war bereits 1836 der "Drachenfels" als erstes deutsches Naturschutzgebiet im Siebengebirge ausgewiesen worden. Dabei ging es darum, einen dort geplanten Steinbruch zu verhindern. Dieser Drachenfels wurde eben, ähnlich wie hier in der Nähe im Nordharz die "Teufelsmauer", als echte romantische Schöpfung der Natur betrachtet. Zur Erhaltung dieser Schutzgebiete entstanden schon damals lokale Schutzgemeinschaften, sozusagen die Vorläufer heutiger Bürgerinitiativen.

In einer zweiten Phase entstand nun um die Jahrhundertwende das Bedürfnis nach Naturschutz im Rahmen eines eher konservativen Bewußtseins einer Zeitenwende und einer allgemeinen Kulturkritik vor dem Hintergrund der forcierten Industrialisierung im Deutschen Reich. Denken Sie nur an solche Bücher wie "Der Untergang des Abendlandes" von Oswald Spengler, die eine generelle Verunsicherung widerspiegeln, und bedenken Sie auch die ganze Brüchigkeit des Wilhelminischen Reiches - ich will es bei diesen Stichworten bewenden lassen. Den vorherrschenden Werten von ökonomischer Nützlichkeit wurde der Glaube an die Natur als immanente Schöpferkraft und dann das schöpferische Naturwesen Mensch gegenübergestellt. Geklagt wird, der Mensch versuche, der Erde

alles zu entreißen, was sich nur irgend verkaufen lasse. Von den vier Wertkategorien, die Hans Immler gestern an die Wand projizierte, dominierte eindeutig der Geldwert. Aber es gab auch Gegenreaktionen: Schon damals wurde im Zusammenhang mit den Kraftfahrzeugen die Klage an der "Automobilitis" laut, eine Klage, die wohl in den letzten hundert Jahren nichts an Bedeutung verloren hat. Deshalb wurde dann von dem 1904 gegründeten "Deutschen Bund Heimatschutz" gefordert, die deutsche Heimat in ihrer natürlichen und geschichtlich gewordenen Einheit zu schützen, namentlich die einheimische Tier- und Pflanzenwelt, die geologischen Eigentümlichkeiten sowie die Eigenart des Landschaftsbildes. Schutz und Pflege der Bauten, der beweglichen Gegenstände sowie der Straßen- und Flurnamen wurde gefordert. Wichtig ist hierbei das Wort "deutsch". Das findet sich übrigens bis in die Gegenwart: Ein bekannter umweltökonomischer Autor setzt immer, wenn er "Wald" schreibt, noch ein "Deutsch" mit großem D davor. Nun, ich denke, das Umweltproblem stellt sich prinzipiell in allen Ländern - aber wenn die Verbindung von Landschaft und Natur mit "deutsch" dem Ganzen eine höhere Weihe verleiht und dies dem Umweltschutz dient, soll's mir recht sein.

Im Zentrum standen die Pflege und Fortbildung der überlieferten ländlichen und bürgerlichen Gegenstände, der Sitten, Gebräuche, Feste und Trachten. Das Ganze riecht schon ein wenig nach "Blut und Boden". Wegweisend ist aber auf jeden Fall die Orientierung vom Schutz einzelner wertvoller Objekte hin zu ganzen Landschaften und die Verbindung von natürlichen und kulturellen Werten. Die Idee des ganzheitlichen Schutzes und der Pflege von Natur und Kultur der Heimat, die jetzt in den Vordergrund trat, erwies sich für den Umorientierungsprozeß der Naturschutzverbände bis hin in die Gegenwart als sehr wichtig. Es war für diese Verbände ein langer Lernprozeß, bis sie gemerkt haben, daß es zwar sinnvoll ist, ein isoliertes Biotop zu schützen, daß eine

Beschränkung darauf allein jedoch angesichts der Selbstläufigkeit der industriellen Entwicklung darauf hinausläuft, ein Rückzugsgefecht auf verlorenem Posten zu kämpfen.

In den USA hatte sich bereits seit 1850 die Idee von "Naturparks" entwickelt, also von großen geschützten Landstrichen, die zwar in diesem Ausmaß in Deutschland nicht zu realisieren waren, aber das amerikanische Beispiel der Naturparks führte dann in Deutschland zu der Forderung, gewisse Boden- und Landschaftstypen unter Schutz zu stellen, um diese zu erhalten und der Flora und Fauna Zufluchtsorte gewähren zu können.

Diese großräumigere Strategie setzte sich allerdings zunächst nicht durch, sondern es dominierte, vor allem in Preußen, die Idee der reinen Naturdenkmalspflege - denken Sie an den Drachenfels. Dieser Naturschutz "von Fall zu Fall", wie er schon damals zu Recht kritisiert wurde, hat dann auch Eingang in die staatliche Naturschutzpolitik gefunden. Eine analoge Kontroverse kennen wir aus dem Denkmalschutz; auch dort geht der Streit um das einzelne schutzwürdige Objekt - etwa das Patrizierhaus - oder um das ganze Ensemble. Auch in diesem Bereich hat sich in den letzten Jahrzehnten eine fortschrittliche Entwicklung ergeben.

Soweit war man allerdings um die Jahrhundertwende nicht. Bei dem damals betriebenen Objektschutz blieben die von wissenschaftlicher Seite zutagegebrachten Erkenntnisse über den Wirkungszusammenhang von Naturvorgängen, speziell über Umweltschäden, praktisch unberücksichtigt. Schon damals gab es Berichte über Schäden durch "Rauchgase"; teilweise stammen sie bereits vom Beginn des 19. Jahrhunderts. Der Unterschied zur heutigen Situation besteht im wesentlichen darin, daß diese Probleme noch lokal auftraten, etwa im Harz oder im Siegerland; die Kehrseite des industriellen

Fortschritts besteht seitdem vor allem darin, daß wir es heute mit globalen Umweltschäden zu tun haben.

Schon 1910 gab es kritische Stimmen, welche die diversen Landnutzungsformen wie Flurbereinigung und Forstwirtschaft kritisierten und das Prinzip "Naturschutz durch Landschaftspflege" forderten. Aber wie Sie ja selbst wissen, blieben diese Stimmen in den nächsten 50 Jahren ungehört.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde in der Weimarer Republik die verwirrende Vielfalt von Rechtsverordnungen in den einzelnen Ländern zu einem erheblichen Erschwernis in der Naturschutzarbeit. Immerhin waren in der Weimarer Reichsverfassung der Schutz und die Pflege der Natur als Aufgabe des Staates aufgenommen worden. Weimar war also in diesem Punkt entschieden weiter, als Bonn es heute ist. Aufgrund von Vorarbeiten aus der Weimarer Zeit wurde dann 1935 von den Nationalsozialisten ein Reichsnaturschutzgesetz erlassen, das durchaus fortschrittliche Aspekte enthielt, aber natürlich in eine unglückselige Verquickung mit Blut, Boden, Volk und Führer geriet. Das erleichterte es natürlich, nach dem Zweiten Weltkrieg "das grüne Element" in diesem Gesetz zu übersehen und das Ganze dann als "braune Sauce" vor-schnell zu verabschieden. Das geschah in der Bundesrepublik ebenso wie in der DDR.

Für die Neuentstehung des Natur- und Umweltschutzes nach dem Zweiten Weltkrieg war auch problematisch, daß jene Naturschützer, die 1935 aus teilweise verständlichen Gründen das Gesetz begrüßt hatten, keine kritische Reflexion jener Zeit vorgenommen haben. Nun, das verbindet natürlich die Naturschützer mit vielen anderen Gruppen in unserer Gesellschaft. Statt die positiven und negativen Aspekte des Naturschutzes im Dritten Reich aufzuarbeiten, knüpfte man einfach an den restaurativen Naturschutz der 20er Jahre an.

Typisch für den Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg ist etwa folgendes Zitat:

"Weite Teile unserer Städte, vor allem unserer Großstädte, liegen in Trümmern. Um diesem immer wieder niederdrückenden Anblick zu entgehen, strömen die Menschen heute mehr denn je in ihrer Freizeit hinaus in die freie Natur. Aber auch sie ist gefährdet. Mit immer größerer Beharrlichkeit krallt sich nur wirtschaftlicher Sinn in die spärlichen Flecken unberührter Natur ein. Diesen wenigen Gebieten ihre ursprüngliche Schönheit und Harmonie zu erhalten, muß oberstes Gebot sein."

Das war natürlich eine sehr defensive Haltung - und sie war ganz einseitig auf den Menschen bezogen: Wir brauchen diese wenigen ursprünglich schönen Gebiete für die Erholung der Menschen. Der Gedanke etwa von Hans Immler, daß Natur überall vorkommt, wenn auch oftmals in sehr deprivierten Formen, wie etwa der Kasseler Innenstadt, dieser Gedanke zeigte sich noch nicht einmal ansatzweise. Der Naturschutz blieb isoliert und wurde funktionalisiert. Dem entsprach auch eine Begrenzung der Aufgabe von Umweltverbänden. Nach damaliger Auffassung war es Sinn der Naturschutzvereine, "durch Verbreitung und Vertiefung des Naturschutzgedankens bei der Bevölkerung den amtlichen Naturschutz möglichst zu unterstützen".

Es gab aber auch schon Anfang der 60er Jahre kritische Stimmen, vor allem gegen die damals hochgepriesene Flurbereinigung:

"Nicht die Leute, die einige geschützte Blumen abpflücken, verursachen die schwerwiegenden Schäden in der Landwirtschaft, sondern diejenigen, die von Berufs wegen mit Eingriffen in den Naturhaushalt befaßt sind."

Dieser fortschrittlichen Ansicht wurde allerdings entgegengehalten, es sei zwecklos, gegen Autobahnen und ähnliche Großprojekte zu protestieren, da "Wanderer und Naturfreunde nun einmal keine Massendemonstrationen und Umzüge veran-

stalten, um den Volksvertretern die Meinung zu sagen". Nun, das hat sich heute wohl ein bißchen geändert.

Erst mit der Aufbruchs- und Umbruchstimmung Ende der 60er Jahre änderten sich auch Inhalt und Strategie der Naturschutzbewegung. Deutlich wurde dies etwa in der Antrittsrede des ersten Vorsitzenden des "Bund Naturschutz Bayern", der davon sprach, der Begriff "Naturschutz" müsse umfunktioniert werden. Er müsse in allgemeine Schutzmaßnahmen der menschlichen Umwelt einbezogen werden. Dies dränge sich angesichts der herrschenden Umweltsituation, der Belastung von Gewässern und Grundwasser, der Luftverschmutzung, dem Abfallproblem sowie der Landschaftszersiedelung geradezu auf. Folgerichtig tauchten dann im "Grünen Programm Bayern 1971" unter anderem Forderungen nach verringerter Intensität der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung oder auch nach einem strengeren Müllbeseitigungsgesetz auf. Gleichzeitig wird jetzt aber auch betont, daß jeder einzelne durch sein alltägliches Verhalten dazu beitragen müsse, die Umwelt zu erhalten oder wieder herzustellen, wobei die Anforderungen an den einzelnen weit höher seien, als nur das isolierte Gebot, keine geschützten Pflanzen zu pflücken; gefordert wurde eine ökologische Haltung in allen Lebensbereichen. Die uns heute so selbstverständliche Einsicht, daß der tägliche Einkauf, die Entscheidung zwischen Einweg- oder Mehrwegflaschen etwas mit dem Schutz der Natur zu tun hat, war damals noch nicht allgemein geläufig.

Aufgrund der zunehmenden ökologischen Krise wurde nunmehr deutlich, daß auch Einzelforderungen an den Staat und an den Bürger nicht ausreichen, sondern daß der Schlüssel für einen wirksamen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen nur in einer veränderten Wirtschaftsweise liegen könnte. Konsequenz war daher auch die Forderung, es müsse das Leitbild einer stabilen und nachhaltigen Wirtschaft entwickelt werden, die allen Menschen Beschäftigung und Lebensqualität

sichere und die nicht die Wirtschaftspolitik auf umweltschädliches Wachstum oder Arbeitslosigkeit reduziere. Mit dem hier verwendeten Begriff der "Nachhaltigkeit" wurde übrigens sinnvollerweise ein bereits in der Forstwirtschaft bestehendes "ökologisches" Erhaltungsprinzip für die gesamte Wirtschaft gefordert. Diese Zielsetzungen machte sich der 1975 gegründete "Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland" zu eigen und beauftragte Ende der 70er Jahre eine Gruppe von Wissenschaftlern, zu denen auch ich gehörte, mit der Abfassung einer Studie zu dieser Thematik, die dann 1983 mit dem Titel "Arbeit ohne Umweltzerstörung" erschien.

Der "Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland" ging also von der richtigen Erkenntnis aus, daß Naturschutz nicht isoliert betrieben werden kann, weder als Naturdenkmalspflege noch als isolierter Biotopschutz, aber auch nicht als bloße Naturparkkonzeption, sondern daß der Naturschutz verbunden sein muß mit einer Umweltpolitik, welche die natürlichen Lebensgrundlagen insgesamt schützt. Diese Umweltpolitik kann aber dann, wenn sie die natürlichen Lebensgrundlagen insgesamt schützen will, auch keine isolierte Fachdisziplin sein; sie muß vielmehr ihrerseits integraler Bestandteil aller übrigen Politikbereiche, speziell der Wirtschaftspolitik, sein. Genau diesem Ziel war unser damaliges Buch "Arbeit ohne Umweltzerstörung" gewidmet. Manches ist heute veraltet, aber ich denke, es war wichtig, einmal deutlich zu machen, daß es nicht allein darum geht, noch ein zusätzliches Umweltressort im Kabinett zu schaffen, sondern daß ökologisches Denken in den Kernbereich der Wirtschaftspolitik Eingang finden muß. Deswegen haben wir in dieser Studie der Kritik des "Wachstumsziels" und der Begrenzung des Energie- und Umweltverbrauchs zentrale Bedeutung beigemessen. Wir wollten also nicht die Umwelt am Sonntag, sondern vor allem an den Werktagen, d.h. eine Umweltpolitik, die hineinwirkt in die Verkehrspolitik, in die Raumordnungspolitik, in die Agrarpolitik, in die Energiepo-

litik, in die Finanzpolitik, in die allgemeine Wirtschaftspolitik - also prinzipiell in alle Politikbereiche.

Diese Neuorientierung zu einer umfassenden Umweltpolitik ist keineswegs allein auf den "Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland" begrenzt geblieben, auch andere Organisationen, wie der "Deutsche Bund für Vogelschutz" und die "Deutsche Umweltstiftung" haben sich in den letzten zehn Jahren prinzipiell auf diese Konzeption verständigt. Im "Deutschen Naturschutzring", der Dachorganisation der bundesdeutschen Umwelt- und Naturschutzverbände, ist diese umfassende Konzeption heute unstrittig. Auch der deutsch-deutsche Leipziger Umweltkongreß vom April dieses Jahres hat das deutlich gezeigt. Darauf komme ich noch einmal im letzten Teil meines Vortrags zurück.

Damit der Gedanke eines umfassenden Naturschutzes und einer integrierten Umweltpolitik nicht ganz blutleer bleibt, will ich ihn durch ein paar Stichworte verdeutlichen: Der isolierte Vogelschutz hat keine Chance, weil ihm die traditionelle Form der Flurbereinigung die materielle Basis entzieht; deswegen müssen umweltfreundliche Formen der Flurbereinigung entwickelt werden. Dazu gehört der Erhalt von Büschen, Hecken und Streuobstwiesen. Zentrale Zielrichtung ist also nicht die herzige Aktion für den einzelnen Vogel im Winter, sondern die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage der Vögel. Oder nehmen wir das Beispiel Krötenwanderung: So sinnvoll und verdienstvoll es ist, wenn zu den Laichzeiten der Kröten Straßen gesperrt werden und wenn Naturschützer die Kröten über Verkehrswege tragen, langfristig wirkungsvoller ist es, auch bei der Führung von Straßen solche Krötenwanderwege gleich mit zu berücksichtigen. Es kommt also darauf an, das präventive und gestaltende Element von Anfang an mit einzubeziehen.

Das deutlichste Beispiel dafür, wie wenig isolierter Objektschutz bewirken kann, ist heute das Waldsterben. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es bereits im 19. Jahrhundert als lokales "Rauchgasproblem" in der Umgebung von Hüttenwerken auftrat; heute haben wir ein globales Problem. Entgegen früh geäußerten Warnungen von Naturwissenschaftlern und Umweltschützern wurde die Politik der hohen Schornsteine noch vor weniger als 30 Jahren von allen führenden Politikern unserer Republik als großer Fortschritt gefeiert. Daß es sich um eine gefährliche Problemverlagerung, nicht aber um eine Problemlösung gehandelt hat, erkennen wir heute. Solche Fehler sollten nicht mehr wiederholt werden.

Ich denke, dieser kurze Überblick hat deutlich gemacht: In den letzten 150 Jahren haben die Naturschutzverbände dazu gelernt. Sie haben gelernt, daß Naturschutz nicht mehr isoliert betrieben werden kann, sondern daß er in die allgemeine Politik integriert werden muß. Das macht traditionelle naturschützerische Bemühungen keineswegs wertlos, aber es zeigt, daß heute die Aktivitäten im Bereich der allgemeinen Politik liegen müssen. Damit komme ich zum zweiten Hauptteil meines Vortrags.

3. Zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie

In diesem Teil meines Vortrags möchte ich auf zwei Fragen eingehen, und zwar einerseits auf die Wirkungsweise ökonomischer Instrumente und zum anderen auf die Grenzen ihrer Einsetzbarkeit.

Welchen Sinn haben ökonomische Instrumente in der Umweltpolitik? Sie laufen praktisch in all ihren Varianten darauf hinaus, die Kosten des Umweltverbrauchs im weitesten Sinne dem Verursacher über Zahlung von Preisen anzulasten. Verur-

sacher im technischen Sinne ist meist der Produzent. Diese Beobachtung führt oftmals zu dem irreführenden Einwand, eine marktorientierte ökonomische Umweltpolitik scheitere schon daran oder werde zumindest in ihrer Wirksamkeit dadurch eingeschränkt, daß die Produzenten die ihnen nach dem Verursacherprinzip dann angelasteten Kosten des Umweltverbrauchs an die Konsumenten weitergeben. So ungerecht das zunächst erscheinen mag, wir Ökonomen sagen: Genau das muß geschehen. Gerade das, was eine wohlmeinende Öffentlichkeit gegen den Umweltschutz aufzubringen vermag, nämlich steigende Verbraucherpreise und vielleicht sogar die Gefährdung von Arbeitsplätzen in umweltbelastenden Produktionszweigen, ist ökonomisch erwünscht. Es ist eine notwendige Folge einer wirksamen Umweltpolitik, denn dadurch kommt es zu einer sinnvollen Umstrukturierung der Wirtschaft in Richtung auf weniger Umweltverbrauch. Der Lernprozeß läuft über das Instrument, das in unserer Gesellschaft weitgehend an die Stelle des Gehirns getreten ist und weitgehend mit dem Bauch konkurriert, nämlich über den Geldbeutel. Das zentrale Ziel ist tatsächlich: Wer Umwelt beansprucht, muß dafür zahlen. Das ist das Grundprinzip, wie auch immer seine Umsetzung im einzelnen erfolgen mag.

Für eine solche Politik gibt es viele Instrumente. Am Beispiel der Umweltabgabe oder der Umweltsteuer wird das Wirkungsprinzip am deutlichsten: Wenn Sie als Verbraucher oder Produzent für die Umweltbelastung eine Steuer zu entrichten haben, werden Sie sich überlegen: Ist dieser Umweltverbrauch wirklich notwendig? Sie werden also abwägen zwischen der Steuerzahlung und der Möglichkeit, diese durch verminderten Umweltverbrauch zu vermeiden. Sie werden darüber nachdenken, ob Sie nicht eventuell andere Güter produzieren oder nachfragen könnten, ob Sie nicht eventuell andere Formen der Produktion wählen könnten, ob Sie eventuell bestimmte Formen des technischen Fortschritts anstreben wollen, die auf weniger Umweltverbrauch hinauslaufen. Kurz:

Sie werden immer dort Ihre Umweltbelastung einschränken, wo dies - verglichen mit der ansonsten fälligen Steuerzahlung - besonders leicht zu erreichen ist. Es gibt also eine Tendenz, über solche Instrumente wie Umweltsteuer und -abgabe genau dort den Umweltverbrauch einzuschränken, wo dies am leichtesten und am billigsten möglich ist. Umgekehrt werden Sie sich immer dann für die Entrichtung der Steuer entscheiden, wenn zumindest kurzfristig die Einschränkung der Umweltbelastung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten möglich ist.

Was für den einzelnen gilt, gilt auch für die Wirtschaft insgesamt: Die Kosten des Umweltschutzes werden gesamtwirtschaftlich weitaus niedriger sein, als dies bei der traditionellen Ordnungspolitik möglich ist, die ohne Rücksicht auf die Kosten bei der einzelnen umweltbelastenden Anlage ansetzt. Eine derartige Kosteneinsparung erfreut nicht nur mein Ökonomenherz, sondern auch mein Naturschützerherz: Denn wenn ökonomische Instrumente den Umweltschutz billiger machen, als dies die traditionelle Ordnungspolitik tut, die nicht nach Kosten fragt, dann kann man natürlich die ökologische Meßlatte höher stecken, und ohne unzumutbare Kostenbelastung der Wirtschaft können die Umweltziele anspruchsvoller gestaltet werden, als dies sonst der Fall wäre.

Soviel über die Wirkungsweise ökonomischer Instrumente am Beispiel von Umweltsteuern und -abgaben. Ähnliches kann auch über Instrumente wie Umweltnutzungsrechte, Lizenzen, Haftungsregeln und Versicherungsansätze gesagt werden. Ich möchte aber jetzt, nachdem ich das Prinzip sehr knapp erklärt habe, doch einige Einschränkungen hinsichtlich der Grenzen des ökonomischen Ansatzes geltend machen.

Die Frage nach den Grenzen ergibt sich schon aus folgender Überlegung: Wie konnte es überhaupt zu diesem beklagenswerten Zustand der Umwelt, etwa in den beiden deutschen Staa-

ten, kommen - einen Zustand, den wir heute zu Recht als Widerspruch zwischen der Ökologie, der Lehre von den natürlichen Lebensbedingungen, und der Ökonomie, der Wissenschaft und der Praxis der wirtschaftlichen Nutzung knapper Mittel zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, zu bezeichnen pflegen? Der ökonomische Grundsatz des sparsamen, haushälterischen Umgangs mit den begrenzten natürlichen Ressourcen ist ja im Grunde auch ein ökologisches Prinzip. Darauf weisen heute auch die ökologisch weniger engagierten Ökonomen voller Stolz hin. Im Prinzip ist das klar: Der sparsame Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen ist Ökonomie par excellence. Nur: Die Berufung auf das generelle Prinzip löst nicht das empirische Problem, warum es doch zu diesem beklagenswerten Zustand der Umwelt gekommen ist! Offenbar gibt es im ökonomischen Mechanismus bestimmte Defizite, die dazu führen, daß ein an sich völlig unstrittiges und sinnvolles Prinzip in einem ganz entscheidenden Bereich, nämlich dann, wenn es um unsere Lebensgrundlagen geht, nicht oder jedenfalls nur ganz unzureichend verwirklicht wird.

Die Gründe dafür sind vielfältig und gehen über den Bereich der Ökonomie hinaus. Eine entscheidende Ursache ist wohl die fehlerhafte Grundorientierung im Denken und Handeln des wirtschaftlichen Menschen. Die Tradition des abendländischen Denkens ist gekennzeichnet durch die Idee der Naturbeherrschung; darüber hat ja Ludwig Bress bereits gesprochen. Der Mensch, der ja selbst Teil der Natur ist, erhebt sich zunächst in seinem Denken und sodann in seinem Handeln über diese Natur. Er erlebt sich nicht mehr als Bestandteil der Natur, sondern als etwa von ihr Getrenntes, als etwas Besonderes. Er sieht sich vor allem als Subjekt, das die äußere Natur zum Objekt seiner Ausbeutung macht.

Diese fehlerhafte Auffassung zeigt sich zum einen in den verschiedenen Richtungen traditionellen ökonomischen Denkens; diese sind sich, bei aller sonstigen Verschiedenheit,

in Ansehung der Natur als letztlich beliebig ausbeutbarer Quelle menschlichen Reichtums durchaus ähnlich. Dies zeigt sich aber auch, wenn Sie an die christliche Überlieferung denken, die ja sehr stark geprägt ist von der Vorstellung: "Machet euch die Erde untertan", worauf Ludwig Bress bereits hingewiesen hat. Allerdings gibt es noch einen zweiten, älteren Schöpfungsbericht, der die Tradition des Bewahrens und Bebauens in den Vordergrund stellt. Und so, wie man die Ökonomen fragen muß, warum sich das ökonomische Prinzip nicht auch als zugleich ökologisches durchgesetzt hat, so muß man die Theologen fragen: Warum hat sich gerade diese herrschaftliche Tradition der Naturunterwerfung gegenüber der Idee des Bebauens und Bewahrens durchgesetzt? Ich denke tatsächlich, diese Trennung von Subjekt und Objekt, diese Trennung zwischen dem Menschen und der ihn umgebenden Natur, ist eine der entscheidenden Ursachen für die mentale und reale Ausbeutung der Natur - letztlich zum Schaden des Menschen selbst.

Nun hat natürlich der konkrete Problemdruck der neueren Zeit diese Sichtweise diskreditiert, so daß heute auch von Ökonomen die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit thematisiert werden. Daß das Ergebnis jedoch bis heute eher unzureichend geblieben ist, liegt natürlich zum einen an den kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen, die sich immer wieder vor die langfristigen ökologischen Interessen stellen. In der Tat sind die Interessen der meisten Menschen sehr kurzfristig: Die Drohung des unmittelbar bevorstehenden Arbeitsplatzverlustes, der befürchtete Umsatzrückgang, die bevorstehende Wachstumseinbuße - diese Themen werden als vorrangig wahrgenommen und nicht die mit unserer Wirtschaftsweise verbundenen langfristigen ökologischen Schädigungen. Aber gerade dies führt dann dazu, daß langfristige, prinzipiell akzeptierte ökologische Ziele immer wieder kurzfristig vernachlässigt werden, weil sich ja Langfristigkeit als Sequenz kurzfristiger und kurzfristiger Fehl-

entscheidungen herausbildet. Das langfristige, allgemein akzeptierte Ziel der Naturerhaltung droht also immer wieder zum Opfer kurzfristiger Kompromisse zu Lasten der Natur zu werden.

Zum Schluß dieses Teils noch ein paar Bemerkungen über die positive Bedeutung von administrativen Regelungen. Es wäre falsch zu glauben, das ganze Naturproblem könne mit rein ökonomischen Instrumenten gelöst werden. Ganz im Gegenteil: Administrative Regelungen, gerade dann, wenn man sie sinnvoll mit ökonomischen Instrumenten kombiniert, sind außerordentlich wichtig. Dies gilt vor allem aus folgenden Gründen:

- (1) Nicht alle Umweltbelastungen können Gegenstand ökonomischer Abwägungen sein. Es mag sinnvoll erscheinen, eine Schwefelabgabe zur Besteuerung von SO_2 einzuführen, aber ich denke, niemand hier würde auf den Gedanken kommen, eine Dioxinabgabe einzuführen, weil es hier um gravierende Risiken geht. Deshalb bedarf es in einem solchen Fall eines direkten Verbots, und wir wollen hier ganz bewußt keine Abwägung zulassen. Ein wichtiger Punkt für die Gestaltung unserer Lebensbedingungen ist also die Frage: In welchen Bereichen wollen wir Ökonomie zum Zuge kommen lassen, und in welchen Bereichen wollen wir dies gerade durch administrative Regelungen ausschließen? Diese Abgrenzung ist eine äußerst schwierige, aber auch wichtige Gestaltungsaufgabe.
- (2) Ein zweiter wichtiger Gesichtspunkt im Hinblick auf die Bedeutung gestaltender Regelungen hat damit zu tun, daß sehr viele ökonomische Entscheidungen Folgen administrativer Vorentscheidungen sind. Nehmen wir etwa das Beispiel, das uns im Zusammenhang mit der deutsch-deutschen Wirtschaftsunion besonders interessieren wird: die Frage der Verkehrspolitik. Gegen eine

Erhöhung der Mineralölsteuer aus Umweltschutzgründen wird heute eingewandt, daß dies nichts bewirke, da die Leute den höheren Preis bezahlen und doch weiter Auto fahren würden. Ob das wirklich so ist, ist die eine Frage. Aber selbst wenn es so sein sollte, daß die Wirkungen einer steuerlichen Kraftstoffverteuerung gering sind, dann ist dies nicht einfach Folge einer subjektiven "Automobilitis", sondern bestimmter administrativer Vorentscheidungen über die Ausgestaltung der Verkehrswege und der Alternativen zum privaten Kraftfahrzeugverkehr. Fehlen solche Alternativen, dann nützt in der Tat eine Erhöhung des Benzinpreises wenig; denn dann zieht der Staat nur den Leuten Geld aus der Tasche, ohne ihnen Ausweichmöglichkeiten anzubieten. Im Zusammenhang mit der deutsch-deutschen Einigung kommt es darauf an, die positiven Ansatzpunkte im Verkehrswesen der DDR - wie der hohe Anteil von Eisenbahntransporten im Personen- und Güterverkehr - möglichst zu erhalten und nicht durch eine einseitige Ordnungspolitik zugunsten von Kraftfahrzeugen zu zerstören. Ich finde, hier könnte sogar die Bundesrepublik einiges lernen. Die Wirksamkeit etwa einer Mineralölsteuererhöhung wird um so größer sein, je mehr und je bessere Alternativen - wie etwa Bus und Bahn - zur Verfügung gestellt werden. Und das gilt generell: Die Wirksamkeit ökonomischer Instrumente hängt ganz entscheidend von den ordnungspolitischen Gestaltungsvorgaben ab. Gerade deswegen sind politische Grundsatzentscheidungen in der Verkehrspolitik so wichtig, vor allem auch im Interesse wirksamer ökonomischer Instrumente.

- (3) Nicht vergessen werden sollte der Umstand, daß die praktische Anwendung von ökonomischen Instrumenten, wie etwa von Umweltsteuern und -abgaben, mit einer

ganzen Reihe von administrativen Regelungen verbunden sein wird.

- (4) Ein letzter Punkt: Es gibt viele administrative Regelungen, die überhaupt keinen Eingriff in individuelle Entscheidungsfreiheiten darstellen, sondern diese sogar noch verbessern. Wenn Sie etwa eine ökologische Kennzeichnungspflicht für Produkte einführen, werden dadurch die Entscheidungsmöglichkeiten des Verbrauchers ja nicht etwa eingeschränkt, sondern er hat jetzt vielmehr die Möglichkeit einer bewußten ökologischen Kaufentscheidung, oder wie die Amerikaner in ihrer bewundernswerten Naivität sagen, eines "shopping for a better future". Ein solches "shopping" ist aber nur möglich, wenn die Produkte für den Verbraucher ausreichend und verständlich gekennzeichnet sind; schließlich kann sich nicht jeder von uns enzyklopädische Kenntnisse der Warenkunde aneignen. Und damit komme ich zum letzten Hauptteil meines Vortrags.

4. Chancen der Umsetzung in Ost und West

Was die realen Chancen einer weniger umweltbelastenden Wirtschaftspolitik in Ost und West betrifft, so bin ich ähnlich skeptisch wie dies meine Vorredner Hans Immler und Ludwig Bress gewesen sind. Trotzdem möchte ich Ihnen nicht nur ein allgemeines Lamento liefern, sondern zugleich ein paar Punkte andeuten, wo ich konkrete Verbesserungsmöglichkeiten sehe.

Zunächst einmal ist unbestritten: Die Chancen der Durchsetzung einer umweltverträglicheren Wirtschaftsweise erscheinen zunächst einmal schlecht. Nehmen wir die Bundesrepublik: Von den 300 Milliarden DM des Bundeshaushalts entfallen weniger als 0,3% auf den Etat des Umweltministeriums.

Oder auch: Bescheidene Ansätze des Umweltministers, wie etwa die Zielsetzung, die CO₂-Emissionen um 25% bis zum Jahr 2005 zu reduzieren - und das sind pro Jahr nur 2% Belastungsminderung -, sind noch am Widerstand unseres Wirtschaftsministers gescheitert; das enttäuschende Konferenzergebnis von Bergen in Norwegen bestätigt meinen Pessimismus. Wenig erfreulich ist auch, daß zentrale Politikbereiche - wie Agrar- und Verkehrspolitik - bisher so gut wie gar nicht ökologisch ausgerichtet werden. Dies ist zum Teil eine Folge unserer Behördenorganisation: Wir haben ein additives Umweltministerium, in dem es durchaus nicht an guten Bemühungen fehlt. Nur die zentralen Entscheidungen fallen dann an anderer Stelle in Brüssel und in Bonn - und meist ziemlich unberührt von jeder ökologischen Einsicht.

In der Tat: Was die Naturschutzverbände in den letzten 100 Jahren gelernt haben, das müßten natürlich auch unsere Politiker, unsere Regierung und unsere Verwaltungen lernen, nämlich daß Umweltpolitik kein Spezialressort sein darf. So, wie bisher die Umweltpolitik aktiv betrieben wird, läuft es im Grunde noch wie im 19. Jahrhundert, als ginge es nur darum, den Drachenfels unter Naturschutz zu stellen. Die Chancen für eine weniger umweltschädliche Wirtschaftsweise sind auch schlecht, solange eine einseitige Wachstumsorientierung in Politik und Wirtschaft anhält und solange die negativen Folgen des Wirtschaftswachstums übersehen, geleugnet oder mit immer wieder neuen Begründungen verniedlicht werden.

Ein gängiges Argument in der zweiten Hälfte der 70er Jahre war: Wir brauchen mehr Wachstum für mehr Umweltschutz. Denn, so wurde argumentiert, Umweltschutz kostet viel Geld, und viel Geld erfordert viel Wachstum. Daß es eine Beziehung zwischen dem ökologischen Problem und dem Wirtschaftswachstum gab, wurde dabei wissentlich oder unwissentlich übersehen. Deswegen haben wir in unserem Buch "Arbeit ohne

Umweltzerstörung" zentral gegen diese Argumentationslinie Stellung bezogen: Mit dem Begriff der "Leerlaufgrenze" haben wir darauf hingewiesen, daß mehr Wachstum immer mehr Verbrauch von Energie und Ressourcen bedeutet und daß auch die nachträgliche Beseitigung von Schäden des Wirtschaftswachstums wieder mit dem Einsatz von Energie und Ressourcen verbunden ist. Da die Kosten überproportional steigen, kann man dann schließlich - sogar mit mathematischen Methoden - den Punkt aufzeigen, wo jede zusätzliche Wachstumseinheit wieder für die Beseitigung der Folgen dieses Wachstums verwendet werden muß. Dann handelt es sich natürlich nicht mehr um sinnvolles ökonomisches Wachstum.

Bis vor zwei Jahren habe ich auch noch von "qualitativem" Wachstum gesprochen, nämlich einem Wachstum unter Einhaltung ökologischer Vorgaben. Nachdem ich aber entdeckt habe, daß dieser Begriff nicht urheberrechtlich geschützt ist, sondern von vielen Interessenverbänden nur dazu verwendet wird, um im großen und ganzen so weitermachen und weiterwachsen zu können wie bisher, seitdem verzichte ich auf diesen Begriff, denn er läßt sich nicht ökologisch patentieren. Wachstum ist kein selbständiges Ziel des Wirtschaftens, sondern ein mögliches Ergebnis, aber dann muß sich dieses Wirtschaften in einem ökologisch verantwortlichen Rahmen vollziehen. Gerade weil die Naturschützer erkannt haben, daß "qualitatives Wachstum" häufig als Mogelpackung mißbraucht wird, sind sie heute zu Recht kritisch gegenüber diesem Begriff, und dies erklärt wohl auch, warum Hans Immler bei der Tagung in Tutzing mit seiner Vorstellung von "Wachstum" nur wenig Resonanz gefunden hat.

Die Chancen einer ökologischen Neuorientierung bleiben auch schlecht, solange eine folgenlose Diskussion um die Instrumente der Umweltpolitik über einen Zeitraum von bald 20 Jahren anhält. Geschehen ist bisher nur wenig, und dieses wenige ist auch nicht besonders vielversprechend gewesen:

Das 1976 eingeführte Wasserabgabengesetz wurde durch eine Vielzahl von Vorschriften und Regelungen im wörtlichen Sinne so "verwässert", bis es kaum mehr eine Wirkung haben konnte. Gerade diejenigen, die für diese Verwässerung gesorgt haben, haben hinterher triumphierend festgestellt: "Wir haben doch gleich gesagt, das klappt nicht mit den ökonomischen Instrumenten" - und das waren eben dieselben Leute, die dafür gesorgt haben, daß dieses Instrument fast nicht mehr wirken konnte. Das ist sozusagen die ökologische Variante des Prinzips: "Haltet den Dieb!"

Die Chancen für eine ökologische Neuorientierung sind natürlich auch deswegen schlecht, weil Politiker und Parteien bisher kaum fürchten müssen, daß die Wähler ihr umweltpolitisches Versagen bei den nächsten Wahlen entsprechend berücksichtigen werden. Die Gewerkschaften praktizieren mit einigem Erfolg einen gewerkschaftlichen Prüfstein vor Wahlen, indem Parteien und Politiker daran gemessen werden, inwieweit sie gewerkschaftlichen Forderungen entsprechen. Ähnlich erfolgreich müßte ein "Umweltprüfstein" werden, durch den man Parteien und Politiker auf ihre "Umweltverträglichkeit" hin untersucht. Es mag sein, daß es einen derartigen Prüfstein schon gibt, aber er ist bisher zuwenig in das Bewußtsein der Öffentlichkeit und der Politiker gedrungen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, daß man die Parteien nicht an ihrer - oftmals fortschrittlichen - Programmatik, sondern mehr an ihrem tatsächlichen Verhalten mißt. Dies gilt vor allem für die größere Regierungspartei, die durchaus auch umweltpolitische Vertreter hat und deren Programmatik sich halbwegs fortschrittlich liest - die faktische Regierungspolitik hinkt aber dem weit hinterher.

Ich denke auch, ganz wichtig ist es, daß Politiker die Angst verlieren, das zu vertreten, was sie oftmals selber

schon eingesehen haben, nämlich daß das weitere Wirtschaftswachstum tatsächlich zu Lasten der Umwelt geht und es deswegen unbedingt notwendig ist, Grenzen zu ziehen. Vielleicht ist es dem Mut der Politiker förderlich, wenn sie stärker als bisher unter den Druck von Umweltschutzverbänden geraten.

Wichtig erscheint mir auch die Einrichtung des Instruments der Verbandsklage für Umweltorganisationen und die Einführung umfassender Informationsrechte nach dem amerikanischen Prinzip der "freedom of information". Denn nur so werden die Umweltverbände in die Lage versetzt, wirkungsvoll und rechtzeitig für die Belange der Natur einzutreten.

Als besonders problematisch erscheint mir die Rolle der EG: Der geplante "Binnenmarkt '92" ist ganz einseitig wirtschaftlich ausgerichtet. Die verheerenden ökologischen Folgen des europäischen Wachstumsprogramms wie die Zunahme der Zersiedelung, des Kraftfahrzeugverkehrs, der Müllberge und des Mülltourismus werden kaum zur Kenntnis genommen. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür ist der "Cecchini-Bericht", der - unberührt von einer nunmehr zwanzigjährigen ökologischen Diskussion - wirtschaftliches Wachstum zum alleinigen Maßstab ökologischen Erfolgs macht.

Wichtig erscheint mir, daß - ähnlich wie die Gewerkschaften - auch die Umweltverbände beginnen, sich auf europäischer Ebene wirkungsvoll zu organisieren. Wie nötig das ist, sehen Sie an einem aktuellen Beispiel: Die bundesdeutsche Schwerkverkehrsabgabe wurde ja zunächst vom Europäischen Gerichtshof außer Kraft gesetzt; die Klage der Kommission gegen diese Abgabe beruhte einzig und allein auf einer Prüfung unter wettbewerbsrechtlichen Gesichtspunkten; die mindestens genauso wichtigen Aspekte des Landschaftsverbrauchs, des Umweltverbrauchs und der Belästigung der Anwohner von Durchgangsstraßen wurden bisher kaum diskutiert.

Hier müßten die Umweltverbände auf europäischer Ebene aktiv werden. Dabei zeigen sich einmal mehr die verhängnisvollen Folgen der administrativen Trennung von Umwelt- und allgemeiner Wirtschaftspolitik im Fall der EG in Form zweier unabhängiger Generaldirektionen - Wirtschaft und Finanzen auf der einen, Umwelt auf der anderen Seite -, die wenig miteinander zu tun haben.

Ich komme nun zur letzten Frage: Wie schaut es mit den Risiken und Möglichkeiten einer umfeldverträglicheren Wirtschaftspolitik in der DDR aus? Ich denke, hier zeigen sich vor allem die folgenden Aufgabenfelder:

- (1) In der DDR gibt es einige ökologisch sinnvolle Systeme, wie etwa die Altstoffwiederverwertung (Sekundärrohstoffverwertung), die nun Gefahr laufen, unserer westdeutschen Ex-und-hopp-Mentalität zum Opfer zu fallen. Gerade hier hat man in der DDR mit dem Subventionsabbau begonnen, also in einem der wenigen Bereiche, in dem Subventionen ökonomisch sinnvoll sind. Es ist durchaus möglich, daß diese sinnvolle Sekundärrohstoffverwertung jetzt zusammenbricht - und hier müßten insbesondere die Umweltverbände in beiden Teilen Deutschlands schleunigst entgegensteuern

- (2) Der bislang noch hohe Transportanteil auf der Schiene in der DDR darf nicht, wie in der Bundesrepublik, auf die Straße verlagert werden. Das wäre nicht nur ökologisch bedenklich, sondern mindestens auch auf absehbare Zeit wesentlich teurer. Selbstverständlich muß in das Schienensystem der DDR zur Effizienzverbesserung investiert werden. Nur, das geht relativ schnell, und vor allen Dingen bringt es keinen zusätzlichen Landschaftsverbrauch mit sich. Hier gehen sogar Ökologie und Ökonomie relativ kurzfristig Hand in Hand - das Problem scheint mehr ein politisches zu sein: An der

Spitze unseres Verkehrsministeriums haben wir einen Politiker, der diese Zusammenhänge bisher offenbar noch nicht zur Kenntnis genommen hat.

- (3) Zentral ist der Energiesektor, ein traditioneller Engpaßbereich der DDR. Bevor man an neue Kraftwerksbauten, etwa gar Atomkraftwerke denkt, sollte man zunächst versuchen, das enorme Energiesparpotential in der DDR zu nutzen. Einsparpotentiale von 50 und mehr Prozent sind durchaus realistisch. Hinzu kommt, daß der größte Teil der Energiesparmaßnahmen wesentlich kurzfristiger zu realisieren ist als teure und ökologisch bedenklich Kraftwerksneubauten.
- (4) Eine besondere Gefahr sehe ich darin, daß jetzt von westdeutschen Politikern und Managern das westliche Wachstumsmodell auch in der DDR unkritisch vermarktet wird. Im Prinzip sind doch die Grenzen einer traditionellen Wachstumspolitik bei uns durchaus anerkannt, und diese Erkenntnis sollte auch Konsequenzen im Hinblick auf die DDR haben. Wenn dort aus verständlicher Sorge um Arbeitsplätze die Fragen der ökologischen Verträglichkeit in den Hintergrund treten, so sollte grade hier die Wirtschaftspolitik gegensteuern: Ich verstehe die Arbeiter von Espenhain, die um ihre Arbeitsplätze bangen; aber das heißt nicht, daß Espenhain nicht stillgelegt werden darf, sondern daß die Wirtschaftspolitik sich jetzt Gedanken machen muß, wie andere Arbeitsplätze und entsprechende Umschulungsmaßnahmen für die Belegschaft geschaffen werden können. Damit ist der ganze Bereich der Arbeitsförderung und des Arbeitsförderungsgesetzes in der DDR angesprochen.
- (5) Wenn jetzt in der DDR diejenigen Betriebe, die am meisten Umweltverschmutzung verursachen, stillgelegt werden, und wenn in vielen Bereichen westliche Umweltschutztechnik eingeführt wird, so wird sich zunächst

die Umweltsituation in der DDR verbessern. Wenn aber eine Weiterorientierung am westlichen Modell erfolgt, wird es durch forcierten Straßenbau und einen unqualifizierten Tourismus zu einer erheblichen Zerstörung der Landschaft kommen. Gerade hier im Grenzbereich Nordhessen/Westthüringen bietet sich aber ein Konzept des sanften Tourismus an, ein Konzept, das nicht auf riesige Hotelneubauten und -anlagen setzt, sondern auf Wanderwege in schöner Hügellandschaft und auf eher bescheidene Unterkünfte und Privatquartiere. Es sehr sinnvoll, die noch unter dem früheren Vizeumweltminister der DDR entworfenen Pläne für ein Landschafts- und Naturschutzgebiet im ehemaligen Grenzbereich weiterzuverfolgen; sie passen sehr gut zu einem Konzept des sanften Tourismus, ebenso wie regionale Maßnahmen zur Entstickung und zur Entschwefelung, die ihrerseits auch zu einer Entlastung in den angrenzenden hessischen Gebieten führen würden. Deutsch-deutsche Maßnahmen zur Entsalzung der Werra im hessisch-thüringischen Grenzgebiet gehören ebenfalls in diesen Zusammenhang. Hier sehe ich durchaus Möglichkeiten, relativ kurzfristig Ökonomie und Ökologie, wenn auch in regional begrenztem Rahmen, einander näherzubringen.

Wie sehen nun die allgemeinen ökonomischen Perspektiven aus? Sie sind natürlich nicht genau zu bestimmen. Was in der Zukunft geschehen wird, wird wesentlich vom Umweltbewußtsein der Bevölkerung in Ost und West abhängen. Hier kommt den Umweltverbänden in beiden Teilen Deutschlands eine entscheidende Aufgabe zu. Sie müssen insbesondere darauf hinwirken, daß wissenschaftliche Erkenntnisse, wie etwa die zunehmende globale Klimaerwärmung und deren erkennbare Folgen für unser aller Leben, nicht mehr von Politikern und Wirtschaftspraktikern dauerhaft verdrängt werden können. So kann die Einsicht wachsen, daß wir nur mit einer nachhaltigen, umweltverträglichen Wirtschaftsweise unsere natürli-

chen Lebensgrundlagen in der Bundesrepublik wie in der DDR dauerhaft erhalten können.

Es gibt durchaus ermutigende Signale: So hat etwa die Enquêterkommission "Schutz der Erdatmosphäre" des deutschen Bundestages über Parteigrenzen hinweg zu einer ernstzunehmenden gemeinsamen Einschätzung der Gefährdungen von Erdatmosphäre und Erdklima durch unsere Wirtschaftsweise gefunden. Auch die deutsch-deutsche Umweltkonferenz in Leipzig im April dieses Jahres hat sich mit großer Deutlichkeit genau im Sinne der von mir angedeuteten Konzepte ausgesprochen, eben im Hinblick auf eine ökologische Preisreform und die Einführung ökologisch orientierter Steuern und Abgaben auf der einen Seite, aber auch im Hinblick auf eine bewußte ökologische Gestaltungsaufgabe der Politik.

Hoffnungsvoll stimmt auch die Beobachtung, daß sich im Rahmen der Arbeitsgruppe "Ökologische Wirtschaftspolitik" jetzt eine intensive deutsch-deutsche Zusammenarbeit herausgebildet hat. Dies hat sich in einer gemeinsamen Erklärung zur ökologischen Dimension der wirtschaftlichen Einheit der beiden deutschen Staaten bereits im Februar dieses Jahres gezeigt; leider hat diese wichtige Erklärung angesichts anderer medienträchtiger Ereignisse nicht die Beachtung in den Medien erfahren, die ihr zugekommen wäre. An diesen Fragen wollen wir weiterarbeiten, nicht zuletzt im Rahmen einer gemeinsamen Untergruppe, für deren Koordination ich gemeinsam mit der ebenfalls hier anwesenden Frau Dr. Liane Möller von der Akademie der Wissenschaften der DDR zuständig bin.

Im vorangegangenen Vortrag hat sich Ludwig Bress sehr optimistisch über die Progressivität des europäischen Denkens geäußert. Ich bin da ein wenig skeptischer und möchte darum schließen mit einem afrikanischen Sprichwort, das mir jedenfalls in ökologischer Hinsicht ermutigender zu sein

scheint als die vergleichbare deutsche Redeweise. Im Deutschen pflegt man abwehrend zu sagen: "Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein", um auszudrücken, das werde gewiß nicht ausreichen, und man solle lieber darauf verzichten. Ich setze ein afrikanisches Sprichwort dagegen:

"Der Tropfen auf den heißen Stein ist der Beginn eines langen Regens."